



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Diana Stachowitz, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Der freie Sonntag muss bleiben – nachhaltige Strategien zum Wandel im Einzelhandel umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, an den bestehenden Regelungen zum freien Sonntag festzuhalten.

Des Weiteren soll sie gemeinsam mit Kommunen, Kammern, Gewerkschaften und einschlägigen Verbänden konkrete Maßnahmen und Handlungsschritte zur Förderung der Beschäftigten und Unternehmen sowie zur Begleitung der Transformation im Bereich des bayerischen Einzelhandels entwickeln und diese zeitnah umsetzen.

Begründung:

Der freie Sonntag ist nicht nur aus traditionellen und religiösen Gründen von hoher kultureller Bedeutung. Die damit verbundene Sonn- und Feiertagsruhe stellt vielmehr eine große sozialstaatliche Errungenschaft dar, die durch den vom Grundgesetz (GG) zugeschriebenen Verfassungsrang besonderen Schutz genießt (Art. 140 GG: „Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung rechtlich geschützt.“).

Familien brauchen den freien Sonntag als Tag des Miteinanders und der gemeinsamen Aktivitäten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer benötigen ihn als wöchentliche Besinnungs- und Ruhepause vom Werktag und auch die Gesamtbevölkerung in Deutschland insgesamt lehnt verkaufsoffene Sonntage mehrheitlich ab. Diesen gesellschaftlichen Konsens gilt es zu respektieren und auszubauen.

Die Forderung nach längeren Öffnungszeiten und zusätzlichen verkaufsoffenen Sonntagen bringt für Handel und Wirtschaft keine entscheidenden Vorteile. Im Gegenteil hat die beständige und schrittweise Liberalisierung und Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten nicht zu einer Stärkung des mittelständischen Fachhandels oder des stationären Einzelhandels geführt. Allein seit 2010 sind bundesweit knapp 40 000 Unternehmen und Läden aus dem Markt verdrängt worden und mussten Insolvenz anmelden.

Mehr verkaufsoffene Sonntage bedeuten für Beschäftigte – vor allem in kleineren Betrieben – noch mehr zwangsweise Zeitmobilität und Arbeit auf Abruf, dem Gegenteil von guter Arbeit. Die Mittel, die zum Einkauf genutzt werden können, blieben unabhängig der Anzahl der verfügbaren sechs oder sieben Einkaufstage die gleichen und lediglich ein Teil des Handels, nämlich die großen und gut organisierten Anbieter, die genug Personal zur Verfügung haben, um sich Schichtarbeit und Sonntagsarbeit leisten zu können, würden durch sie Wettbewerbsvorteile erzielen.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, die allgemeinen Interessen der Unternehmen und Beschäftigten der einschlägigen Branchen sowie der Kommunen insgesamt stärker in den Blick zu nehmen, die Transformation im Einzelhandel mit sozial ausgewogenen Konzepten zu begleiten und konkrete Handlungskonzepte in Zusammenarbeit mit Kommunen, Gewerkschaften und den Mitgliedern der Allianz für den freien Sonntag zu entwickeln. Anstatt mit vereinzelt verkaufoffenen Sonntagen punktuelle Aktionen zu fahren, braucht es beispielsweise nachhaltige Konzepte zur Entwicklung von Innenstädten, Konzepte zum Umgang mit Plattform-Ökonomie und den großen Online-Playern sowie mehr Tarifbindung und Initiativen für gute Arbeit im Einzelhandel.